

**Von:** angela@mans.de  
**Gesendet:** Sonntag, 12. Juni 2022 22:41  
**An:** SWI2@bmi.bund.de; BUERO-IIIB6  
**Betreff:** Stellungnahme

An [buero-iiib6@bmwk.bund.de](mailto:buero-iiib6@bmwk.bund.de) sowie an [SWI2@bmi.bund.de](mailto:SWI2@bmi.bund.de)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst eine grundsätzliche Bemerkung:

Normalerweise würde ich mich für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken, aber in diesem Fall ist die Frist aberwitzig kurz.

Ob gegenüber Bürgern oder anderen Organisationen: eine zweieinhalb tägige Frist über das Wochenende ist nicht nachvollziehbar und nicht akzeptabel.

Als von Windkraft betroffene Privatperson gehe ich davon aus, dass ich nicht unter das Lobbyregister falle und ich mich hier beteiligen kann mit einer Stellungnahme.

Leider hatte ich keine Zeit, sämtliche 35 Seiten des Referenten Entwurfs zu lesen. Ich möchte aber folgende Aspekte zu bedenken geben:

Erstens: die Verteilung der Stromerzeugung sollte insbesondere auch daran gemessen werden, wo der Strom verbraucht wird. Insofern sind Bundesländer beziehungsweise Regionen mit Industrie-Ansiedlung auch entsprechend zu betrachten. Die bisherige Praxis, besonders die ostdeutschen Bundesländer für die Erzeugung erneuerbaren Energien heran zu ziehen, verursacht unnötige Kosten und ist auch ungerecht gegenüber den Menschen, die in diesen ohnehin wirtschaftlich benachteiligten Gebieten leben.

Zweitens: in diesen wirtschaftlich eher weniger industriellen entwickelten Regionen spielt der Tourismus eine große Rolle und Natur und Landschaft stellen einen besonderen Wert da. Durch den hohen Anteil an geschützten Gebieten wie dem Nationalpark oder Biosphäre ist der für Windkraft zur Verfügung stehende Raum noch erheblich kleiner. Das ist bei der Bemessung des Flächenanteils zu berücksichtigen und zwar so dass die 2 % nur von der Restfläche (Bundesland abzüglich geschützte Gebiete) erhoben werden kann

Drittens: Es ist besorgniserregend, dass offensichtlich davon ausgegangen wird, dass zwischen den Bundesländern so genannte „Deals“ (wie Frau Lang es in der Sendung Bericht aus Berlin erläutert hat)

Es darf auf keinen Fall sein, dass die ärmeren Bundesländer quasi dazu getrieben werden, die Last des Ausbaus auf sich zu nehmen damit reicher Bundesländer sich so frei kaufen können.

Viertens: Unternehmen, die sich kleine Windanlagen auf ihren Betrieb stellen wollen, finden in der Industrie keine Lösung. Warum fördert die Bundesregierung nicht diese Form der Energieerzeugung? Die über 250 m hohen Windkraftanlagen werden fast überall zu Konflikten führen zwischen den Betreibern und den betroffenen Menschen und der Natur.

Fünftens: umgekehrt gedacht könnte man den Bundesländern oder auch den Regionalen Planungsgemeinschaften oder auch Kommunen die Möglichkeit geben ihnen zu überlassen, wie sie erneuerbare Energien beschaffen. So könnte man durch ein entsprechendes Ausbau Ziel an Solar und PV oder auch durch Energiepartnerschaften mit anderen Ländern das gleiche Ergebnis erzielen und muss nicht die eigene Landschaft industrialisieren. Durch diese Technologie Offenheit würde auch der Wettbewerb gesteigert, mit dem Ziel, die beste Technik zu finden, auch mit den wenigsten Konflikten.

Bitte überarbeiten Sie diesen Entwurf.

Bitte bestätigen Sie den Eingang dieser Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Mans  
Zum Park 6  
16278 Angermünde Crussow